



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

39. hét

2018.09.24.

ZUSAMMENFASSUNG

- Der am Arbeitsmarkt zu beobachtende Lohnanstieg ist ein Prozess, der seit 2013 anhält, wobei der rasante Anstieg der Reallöhne zusammen mit der Beschäftigungszunahme für ein höheres Konsumniveau sorgt. Wegen des spürbar zunehmenden Drucks von Seiten des Arbeitsmarktes dürfte die Inflation derweil den Zielwert der Ungarischen Nationalbank erreichen.
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán weilte zu einem eintägigen Arbeitsbesuch in Moskau, wo er mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die wichtigsten Energie- und Wirtschaftsfragen behandelte. Für die ungarische Außenpolitik ist es eine Schlüsselfrage, ein ausgewogenes Verhältnis zu den Großmächten zu unterhalten.
- Am 17. September nahm die Herbstsitzung des ungarischen Parlaments ihren Anfang, die voraussichtlich am 10. Dezember abgeschlossen wird. Traditionsgemäß eröffnete der Ministerpräsident mit einer Ansprache noch vor der Tagesordnung die Sitzung. In dieser Rede gab er die wichtigsten Handlungsbereiche für Legislative und Exekutive aus, bewertete aber auch die innen- und außenpolitische Lage vor den im kommenden Jahr anstehenden Wahlen zum Europaparlament.
- Wie zu erwarten war, versuchen die Oppositionsparteien parallel zum Saisonstart im Parlament unter Verwendung des Sargentini-Berichts politisches Kapital für sich herauszuschlagen. Die durch Ferenc Gyurcsány verkündete Demonstrationsserie hatte jedoch keine durchschlagende Kraft, ein Großteil der Sympathisanten der Opposition in Budapest blieb diesen Aktionen fern. Das ist auch jenem Umstand zuzuschreiben, dass es keine Übereinstimmung zwischen den Parteien hinsichtlich der politischen Beurteilung des Sargentini-Berichts gibt.

WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE REALLÖHNE STEIGEN SEIT 2013 KONTINUIERLICH

Sowohl der jüngste Bericht der OECD als auch das Finanzministerium haben ein optimistisches Bild gemalt, was die künftigen Aussichten des ungarischen Reallohnanstiegs anbelangt.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2018 stiegen die Reallöhne um 9,4 Prozent, während die Brutto- und die Nettolöhne gleichermaßen um 12,1 Prozent zulegten. Dieser seit 2013 anhaltende kontinuierliche Zuwachs ist der auf Tarifvereinbarungen beruhenden Strategie der Regierung zu verdanken, wobei die prosperierenden, strategisch relevanten Wirtschaftszweige ebenso wie das BIP-Wachstum positiv auf die Lohnerhöhungen einwirkten. Wie wichtig die Tarifabschlüsse sind, wird dadurch belegt, dass die Löhne und Gehälter seit 2016 um 26 Prozent zunehmen konnten, was auf die damals abgeschlossene Konzeption einer umfassenden Tarif- und Steuervereinbarung zurückzuführen ist.

Die Bruttodurchschnittslöhne kletterten auf 325.000 Forint, wobei zu beobachten ist, dass parallel zu den gesetzlich angehobenen Mindestlöhnen auch die Löhne in den höheren Lohnkategorien systematisch ansteigen. Infolgedessen hat der Realwert der Nettolöhne bis 2017 – unter Berücksichtigung der Familienvergünstigungen – um durchschnittlich 36% gegenüber 2010 zugenommen.

Laut OECD-Bericht stützt der robuste Anstieg der Inlandsnachfrage das BIP-Wachstum, welches in diesem Jahr 4,4% erreichen dürfte. Die beträchtliche Zunahme der Mindestlöhne, der rasante Beschäftigungsanstieg sowie das hohe Niveau der Verbraucherzuversicht – der Konsumklimaindex rangiert so hoch wie seit 2002 nicht mehr – wirken sich gleichermaßen positiv auf das Konsumverhalten der Privathaushalte aus.

WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DIE RUSSISCH-UNGARISCHE WIRTSCHAFTSKOOPERATION STEHT IM GEGENSEITIGEN STRATEGISCHEN INTERESSE

Ministerpräsident Viktor Orbán reiste vergangenen Dienstag nach Moskau, wo er gemeinsam mit Russlands Präsident Wladimir Putin die aktuellen Fragen in den ungarisch-russischen Beziehungen besprach. Die Zielstellung des Treffens lautete, die Energie- und Wirtschaftskooperation zu vertiefen.

Im geopolitischen Sinne ist es wichtig, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten des Westens und des Ostens voranzubringen; dabei dürfte ausgehend von den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit Ungarn eine Art Vermittlerrolle zukommen. Dank der gestärkten Zusammenarbeit der Visegrád-Gruppe (V4) besteht sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Aspekten die Chance, dass die Region mit Blick auf ihre geschichtlichen Erfahrungen eine Rolle als Pufferzone zu verhindern vermag. Die russisch-ungarische Zusammenarbeit bewertet Ungarn dabei hauptsächlich als wirtschaftliche Notwendigkeit, denn als politisches Bündnis. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern können seit 2010 als pragmatisch eingestuft werden, was in erster Linie mit Wirtschaftsprojekten von hoher Wertschöpfung erklärt werden kann, die einen enormen Rückhalt in der ungarischen Gesellschaft besitzen. Die ungarische Regierung steht zur Erweiterung des Atomkraftwerks Paks und macht sich weiterhin dafür stark, dass ein Strang der Gaspipeline Turkish Stream durch Ungarn gelegt werden soll.

Die Kontinuität bei der Gasversorgung liegt ebenso wie die Gewährleistung diversifizierter Bezugsquellen im europäischen wie im nationalen Interesse. Im Ergebnis des jetzigen Treffens ist die Frage der Gasversorgung der ungarischen Gesellschaft bis 2020 geklärt. Des Weiteren wurde im Anschluss an die Pressekonferenz zur Auswertung des Treffens bekanntgegeben, dass die Internationale Investitionsbank eine Zentrale in Budapest einrichten wird. Die Parteien betonten außerdem, dass der bilaterale Handelsverkehr unbeeindruckt der weiterhin geltenden Sanktionen der Europäischen Union im vergangenen Jahr um 25 Prozent und im ersten Halbjahr dieses Jahres sogar um 30 Prozent zunehmen konnte.

DIE STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER EUROPÄISCHEN UNION BERIETEN IN SALZBURG

Organisiert durch die österreichische Ratspräsidentschaft berieten in der vergangenen Woche in Salzburg die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten. So wie praktisch bei jedem Gipfel in den vergangenen drei Jahren standen auch dieses Mal wieder die Migrationskrise, der Brexit sowie die damit einhergehenden politischen Fragen auf der Tagesordnung. Wegen des informellen Charakters

des Gipfels wurden keine Beschlüsse gefasst, wie die politischen Erklärungen im Nachfeld darauf verweisen, dass es in den strittigen Fragen keine wirkliche Bewegung gab.

Nach durchgesickerten Presseinformationen näherten sich die Standpunkte in der Debatte um die illegale Einwanderung an, und zwar in die Richtung eines Konzepts, wie es von der ungarischen Regierung seit 2015 verfolgt wird, während die gemeinsame politische Lösung auch weiterhin auf sich warten lässt. Der durch die Europäische Kommission eingebrachte Vorschlag zur Reformierung der Grenzschutzagentur Frontex konnte die Mitgliedstaaten vorläufig noch nicht auf einer gemeinsamen Plattform vereinen. Die Grundlage der Debatte bildet auch weiterhin die Konfrontation der föderalen Anschauung mit supranationalen Konzepten.

Die Frontex würde in der durch die Kommission vorgeschlagenen Form als Organisation für einen zentralisierten Grenzschutz verantwortlich sein, welcher im Übrigen zu den Hoheitsbefugnissen der Mitgliedstaaten gehört. Europaweit besteht nunmehr eine Übereinkunft, dass der Schutz der EU-Außengrenzen ein grundlegendes Interesse darstellt, wobei die Standpunkte hinsichtlich der Umsetzung dieses Anliegens weiterhin auseinanderdriften. Der föderale Standpunkt – den auch die ungarische Regierung vertritt – möchte den Grenzschutz in der Kompetenz der Mitgliedstaaten belassen und sieht Hilfen von Seiten anderer Mitgliedstaaten nur in dem Fall als zulässig an, wenn das betreffende Land nicht imstande wäre, diese Aufgabe eigenständig wahrzunehmen. Diese Position, bei der die Souveränität ins Zentrum gerückt wird, scheint im gegenwärtigen Augenblick eine Mehrheitsmeinung zu bilden, selbst wenn Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron darauf drängt, dass Italien und die Visegrád-Staaten den Schengen-Raum verlassen sollen, wie diesen Ländern obendrein aufgrund „fehlender Solidarität“ die EU-Fördermittel einzufrieren wären.

WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

DIE HERBSTSITZUNG DES PARLAMENTS HAT BEGONNEN

Die Ansprache von Ministerpräsident Viktor Orbán vor der Tagesordnung bot die Grundlage für die achtminütigen Entgegnungen der Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien. Der Regierungschef hielt seine Rede wie in den vorangegangenen Jahren gewohnt gestützt auf zwei Grundpfeiler, mit der Zielstellung, die Tagesordnung im Parlament den eigenen Absichten entsprechend zu gestalten.

Die ungefähr 20-minütige Rede des ungarischen Regierungschefs reflektierte zum einen die Ereignisse im zurückliegenden Sommer, zum anderen die wichtigsten Aufgaben für die Zukunft, wobei darin zugleich die Haupthandlungsgebiete von Regierung und Parlament skizziert wurden. Der gemeinsame Punkt zwischen der Rede zum Amtsantritt der vierten Orbán-Regierung im Frühjahr und dieser Rede fand sich im Nachdenken längs eines Zeithorizonts bis 2030. Ungefähr ein Drittel der Rede handelte von der politischen Lage in Europa. Wie aus der Rede des Ministerpräsidenten herauszulesen ist, rechnet er im Mai 2019 mit einem Tausch der Eliten und einer Neuordnung der politischen Kräfteverhältnisse in Europa. Die Vorstellung der beiden politischen Lager (Anhänger der Einwanderung vs. Gegner der Einwanderung) verursachte keine Überraschungen, ebenso wenig wie die Aufzählung Italiens, Polens und Österreichs als Bündnispartner Ungarns. Den „Sonderweg“ Österreichs in der vergangenen Woche innerhalb dieses Koordinatensystems umschrieb der Ministerpräsident sehr elegant mit den Worten: „Gegenüber Österreich wird die Kraft der politischen Massengravitation eingesetzt.“ Genau diesem „Zentrum“ will sich die Strategie des ungarischen Ministerpräsidenten entgegenstellen.

Hinsichtlich der künftig anstehenden Maßnahmen reichte Zsolt Semjén ein Programm der Gesetzgebung ein, demzufolge bis Ende November in 39 Themenbereichen Veränderungen anstehen dürften. Der Ministerpräsident definierte indirekt daran anknüpfend zwei Hauptstoßrichtungen: das Gebiet der Demographie und Familienpolitik sowie die Fragen im Kontext der Europäischen Union. Daneben rechnet er mit einer scharfen öffentlichen Debatte über den Nationalen Grundlehrplan, wie er auch jene frühere, ehrgeizige Zielstellung wiederholte, wonach sich Ungarn bis 2030 zu einem der fünf besten und lebenswertesten Staaten innerhalb der Europäischen Union entwickeln soll.

DIE OPPOSITION VERSUCHT, POLITISCHES KAPITAL AUS DEM SARGENTINI-BERICHT ZU SCHLAGEN

Die ungarische Linke versucht, im Zuge der Ereignisse der vergangenen Woche eine Form der politischen Aktivierung wiederzubeleben, die früher aus dem Blickwinkel der Opposition wenig Erfolg hatte. Die Demonstrationen konnten nur wenige Menschen bewegen, so dass diese offenbar als Ergebnis einer schlechten Situationserfassung einzelner Politiker organisiert wurden. Die Oppositionsparteien verfolgen seit der Debatte um den Sargentini-Bericht abweichende Strategien.

Die Abgeordneten von DK, MSZP und Párbeszéd bemühten sich am stärksten, ihre Sympathisanten in Budapest zu aktivieren, indem sie deren Unzufriedenheit mit der Regierung und der Lage des

ungarischen Rechtsstaates auszunutzen versuchten. Die Effizienz der am vergangenen Sonntag abgehaltenen Demonstration darf in Zweifel gezogen werden, konnte doch nur eine schmale Schicht von Stammwählern der besagten Parteien auf die Straße geholt werden, ohne größere politische Effekte, zumal die Medien unter den Wortmeldungen der Politiker eindeutig die Aussagen von Ferenc Gyurcsány in den Vordergrund rückten. Mit der politischen Konsequenz, dass der DK-Chef zwei Tage später eine Serie von Demonstrationen am Kossuth tér vor dem Parlament ankündigte, deren Erfolg sich jedoch eher in Grenzen hielt.

Die Art und Weise, wie die oben genannte Angelegenheit thematisiert wurde, spaltete die Oppositionsparteien. Die Politiker von Jobbik, LMP und Momentum nahmen nicht an der Organisation der Demonstrationen teil, und seit dem Dienstag voriger Woche blieb die DK bei der Anwendung dieses Instruments der Aktivierung der Bürger vollkommen auf sich allein gestellt. Der Handlungsplan der DK kann als rationaler politischer Schachzug bewertet werden, nachdem die Mitgliedschaft der Partei zwei Wochen zuvor beschloss, in den Wahlkampf zum Europaparlament eigenständig zu ziehen. Die Zielstellung der Gyurcsány-Partei lautet, die Sozialisten bei den im Mai kommenden Jahres anstehenden Wahlen hinter sich zu lassen.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

ZWISCHEN DER AKADEMIE UND DEM MINISTERIUM WURDE EINE TEILVEREINBARUNG GETROFFEN

Die Ungarische Akademie der Wissenschaften (MTA) konnte sich mit dem Ministerium für Innovationen und Technologien (ITM) erfolgreich auf die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen für einen reibungslosen Betrieb des Netzwerks akademischer Forschungsinstitute verständigen. Vor wenigen Wochen kam es wegen der Art und Weise der Verwendung staatlicher Gelder durch die MTA zu Spannungen mit dem Ministerium. Schließlich gelang es jedoch, die Spannungen in den Finanzierungsfragen beizulegen. Im Sinne der nun getroffenen Vereinbarung können die Ausschreibungen für durch die MTA an Universitäten geförderte Forschungsgruppen im Zeitraum 1. Juli 2019 bis 30. Juni 2024 gemäß der ursprünglichen, im Juni 2018 veröffentlichten Ausschreibung und unter Berücksichtigung des damals konzipierten Förderrahmens durchgeführt werden.

ZOLTÁN SPÉDER HAT SEINE MEDIENHOLDING INKLUSIVE INDEX.HU VERKAUFT

Das Konglomerat Cemp-X, welches auch die als Eigentümer des liberalen Nachrichtenportals Index.hu geführte Firma zurückkaufte, wurde von Handelsdirektor Gábor Ziegler und dem Medienunternehmer József Oltyán übernommen. Die Cemp-x Online Zrt. und die CEMP SH Kft. erwarben jeweils 50 Prozent der Aktien der NP Nanga Parbat 17 Tanácsadó Zrt., also jener Firma, die früher durch die Stiftung für die Entwicklung Ungarns (MFA) gegründet wurde, die wiederum hinter dem Portal *Index* steht. Dadurch gelangten ebenso u. a. die Portale *napi.hu*, *blog.hu*, *femina.hu*, *divany.hu*, *totalcar.hu* und *port.hu* in das indirekte Eigentum der Käufer. Die politisch relevanten Seiten dieser Medienholding (Index.hu, Napi.hu, Portfolio.hu) erreichen täglich rund 900.000 Leser, weshalb József Oltyán in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gelangte, der als Präsidiumsmitglied der Komitatsorganisation Bács-Kiskun des kleinen Koalitionspartners KDNP tätig ist. Aufgrund dieses Hintergrunds visionierten verschiedene Medien eine eventuelle Neupositionierung von Index.hu, worauf der Präsident der MFA, László Bodolai, entgegnete, allein die Stiftungsstrukturen an sich würden einen Betrieb frei von jeder Einflussnahme gewährleisten.

FIDESZ-KNDP KONNTEN IHRE WÄHLER IN TISZAVASVÁRI GUT AKTIVIEREN UND DIE WAHL GEWINNEN

Bei einer Wahlbeteiligung von 47 Prozent entschied der Kandidat von Fidesz-KDNP, Zoltán Szőke, die Nachwahl um das Amt des Bürgermeisters der Stadt Tiszavasvári am vergangenen Sonntag für sich, nachdem diese Position vakant wurde, weil der vormalige Bürgermeister Erik Fülöp im Ergebnis der Parlamentswahlen für die Jobbik ins Parlament eingezogen war. Für Zoltán Szőke stimmten 221 Wähler mehr, als für die unabhängige Kandidatin Ildikó Badics. Der Stellenwert dieser Wahl ergibt sich daraus, dass Tiszavasvári früher als Hochburg der Jobbik galt, denn es handelt sich um die einzige Stadt mit mehr als zehntausend Einwohnern, deren Bürgermeister in zwei Legislaturperioden hintereinander die Jobbik zu stellen vermochte.

PROGNOSE

- Am 27. September wird das Zentralamt für Statistik (KSH) gleich zwei relevante Daten mitteilen. Sowohl in Hinsicht auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit als auch der Beschäftigung wird das

KSH an diesem Tag die Veränderungen dieser Wirtschaftsdaten in den Sommermonaten präsentieren.